

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Schweiz darf wieder Rinderhäute ausführen

Die Schweiz darf wieder Rinderhäute nach Deutschland ausführen. Nach Interventionen des BVET in Bonn und Stuttgart sei die Einfuhrsperre nach einer Woche wieder aufgehoben worden, wie das BVET mitteilte. Die Schweiz ersuchte Deutschland, die Herkunft von Galloway-Rinder besser abzuklären. Das Bundesland Baden-Württemberg hatte vor einer Woche die Einfuhr von rohen Rinderprodukten nach Deutschland gesperrt. Nach Interventionen des Bundesamtes für Veterinärwesen (BVET) in Deutschland habe nun das Ministerium Ländlicher Raum Baden-Württemberg die Einfuhrsperre wieder aufgehoben.

### Schneebrettgefahr steigt am Nachmittag

Die Lawinenexperten warnen vor einem tageszeitlichen Anstieg der Schneebrettgefahr durch die Sonneneinstrahlung und Erwärmung. Dies führe vor allem im Gotthardgebiet, im Goms und im Berner Oberland zu einem Anstieg der Gefahr in den Mittags- und Nachmittagsstunden, heisst es im Lawinenbulletin vom Freitag. Derzeit herrscht am Alpennordhang, im Wallis, in Nord- und Mittelbünden sowie Oberengadin und nördlichen Tessin eine mässige Schneebrettgefahr, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch-Davos am Freitag mitteilte. Die Gefahrenstellen befinden sich vorwiegend an Steilhängen der Expositionen Nordwest über Nord bis Ost oberhalb 2000 Metern.

### «Gute» Blüten sichergestellt

In der Region Solothurn sind falsche Banknoten in den Werten 100, 500 und 1000 Franken in Umlauf gesetzt worden. Die qualitativ hochstehenden Fälschungen würden in öffentlichen Lokalen mit gedämpften Lichtverhältnissen und vornehmlich im Rotlichtmilieu eingesetzt. Da ein Laie die falschen Noten nur anhand der etwas ungewohnten Papierbeschaffenheit und nur bei gutem Licht erkenne, sei entsprechende Vorsicht geboten, teilte die Polizei mit.



**federer**  
AUGENOPTIK  
BUCHS UND TRIESEN

*aktuelle Themen*

Renate Wohlwend und der Europarat .....	3
Leserservice .....	4
45 Jahre Schaaner Fasnacht .....	5
Roland Korner stellt in Brüssel aus .....	7
Projekt «Kontrollierte Heroinabgabe» .....	11
Ski-WM in Sestriere .....	14+15
«El Loco» abgesetzt .....	19
Bessere «Augen» für Hubble .....	20

## «Neuer politischer Weg» oder Verharren in bisherigen Strukturen?

Wenn die FBPL den Weg in die Opposition beschreitet, verändert sich die gegenwärtige politische Landschaft des Fürstentums Liechtenstein

(G.M.) – Jene Partei, die in den vergangenen drei oder vier Jahrzehnten im Fürstentum Liechtenstein die Wahlen verlor, zog sich jeweils nach einer ersten Wahlanalyse zurück, um innerparteilich die Frage «Koalition oder Opposition?» abzuklären. Bisher obsiegt letztlich bei dieser «Meinungsumfrage an der Basis» immer der Wille zur Zusammenarbeit in der Regierung. Bleibt dieses Muster auch nach der Wahl 1997 erhalten?

Nachdem die Fortschrittliche Bürgerpartei in Liechtenstein (FBPL) nach einer ersten eingehenden Erörterung der Koalitions- oder Oppositionsfrage bekanntgegeben hat, dass ein «neuer Weg» gesucht werde, könnten sich weitere Veränderungen in der politischen Landschaft Liechtensteins abzeichnen? Eine erste Änderung bahnte sich mit dem erfolgreichen Aufkommen der Freien Liste an, die 1993 als erste Splitterpartei den Sprung mit zwei Sitzen in den Landtag schaffte und 1997 – nach einem Zwischenspiel mit dem Verlust des zweiten Mandates – ihren Anteil nicht nur verteidigen, sondern festigen und ausbauen konnte.

### «Keine Koalition um jeden Preis»

Die heutige Situation mit dem Abwägen der FBPL, ob sie das Angebot der Vaterländischen Union (VU) zur Zusammenarbeit in der Regierung – als Fortsetzung der bisherigen Koalition – anneh-

men oder ausschlagen soll, stellt nach den Aussagen im Wahlkampf keine Überraschung dar. Alle drei Parteien haben vor dem Wahlsonntag ihre Position klar definiert. Für die VU bildete nur die Verteidigung der absoluten Mehrheit im Landtag ein erstrebenswertes Ziel, denn nach ihrer Wahlwerbung ist einzig und allein die Union in der Lage, stabile Verhältnisse in Liechtenstein zu garantieren. Dem von der VU schon im Vorfeld der Wahl in Aussicht gestellten Koalitionsangebot an den bisherigen Minderheitspartner stand eine gewisse Zurückhaltung der FBPL gegenüber, die «keine Koalition um jeden Preis» zu ihrem Leitspruch erhob. Die Freie Liste (FL) schliesslich erteilte allfälligen – auch eigenen – Koalitionsgehlüsten eine Absage: Keine Regierungsbeteiligung, sondern Opposition im Parlament.

### Befürchtung eines Machtverlustes

Der befürchtete Verlust an Machteinfluss verhinderte bisher, immerhin während fast sechzig Jahren, einen Ausstieg der einen oder anderen Traditionspartei aus der 1938 in einer innen- und aussenpolitisch gefährlichen und den Staat im Innern und von aussen gefährdeten Situation gebildeten Koalition. Auch der Verlust der Mehrheit oder das Nicht-Erreichen eines Wahlziels konnten FBPL wie VU bislang nicht bewegen, den entscheidenden Schritt aus der Regierungs-

koalition zu wagen, weil damit die Befürchtung verbunden war, mit dem Regierungsausstieg verliere die Partei den Anspruch als «staatstragende Partei».

Neben diesen staatspolitischen Überlegungen spielten jeweils auch praktische Erwägungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dazu zählten Befürchtungen, keine Kontrollfunktion mehr in der Regierung ausüben zu können oder von den wesentlichen Informationen abgeschnitten zu sein. Nicht zuletzt verhinderte die Vorstellung, bei der Besetzung von Ämtern, Kommissionen und Institutionen nicht mehr proporzgemäss teilnehmen zu können, den letzten Schritt in die Opposition.

### Keine Bindung der anderen Partei

Seit 1970, als die VU erstmals nach 42 Jahren wieder die Mehrheit im Landtag erringen konnte und ein wegweisendes Papier der Zusammenarbeit erstellt wurde, sind inzwischen die Koalitionsvereinbarungen zwischen FBPL und VU stark verwässert worden. Zuletzt ergab sich auf dem Papier nur noch eine Gemeinsamkeit für die Aussenpolitik, wobei anzumerken ist, dass die diesbezügliche Vereinbarung in der vergangenen Legislaturperiode von der Mehrheitspartei nicht durchwegs eingehalten wurde. Als die FBPL im Frühjahr 1993 die Forderung stellte, ein gemeinsames Regierungsprogramm zu erarbeiten, das zur Durchset-

zung im Landtag eine gewisse Verbindlichkeit haben sollte, nahm die VU mit aller Deutlichkeit Abstand davon. VU-Parteipräsident Oswald Kranz zeigte sich in der Öffentlichkeit entrüstet darüber, dass die «VU-Landtagsfraktion durch programmatische Absprachen geradezu politisch geknebelt» werden sollte.

### Gegen ausländisches Koalitionsmuster

Wenn die VU nun vor wenigen Tagen ein Koalitionsangebot «auf der bisherigen Basis» angeboten hat, so lässt sich leicht erkennen, in welche Richtung die Zusammenarbeit künftig gehen wird. Auf die FBPL-Vorstellung eines «ausländischen Koalitionsmodells mit gemeinsamen Regierungsprogrammen» reagierte die VU damals wie der Teufel auf das Weihwasser – nur etwas scheinheilig: «Für die VU stand die Wahrung des für den einzelnen Abgeordneten auch in der Verfassung verankerten Rechtes, nachdem er einzig und allein nach seinem Eid und seiner Überzeugung abzustimmen hat, im Mittelpunkt des Interesses.»

Die zahlreichen Abstimmungen im Landtag – mit geschlossenen Ja- oder Nein-Stimmen, der 13köpfigen VU-Fraktion – sind ein eindrücklicher Beweis dafür. Noch sind keine Entscheidungen in Richtung Koalition oder Opposition gefallen, doch die Berücksichtigung solcher oder ähnlicher Fakten könnte die Entscheidungsfindung beeinflussen.

## Fasnächtliches Treiben läuft auf Hochtouren



Das fasnächtliche Treiben läuft seit dem Schmutzigen Donnerstag auf Hochtouren. Bälle und Unterhaltungsabende, Monsterkonzerte und die traditionelle Beizenfasnacht locken derzeit Tausende aus ihren Häusern und lassen sie den Alltag für einige Stunden (oder Tage) vergessen. Gestern beispielsweise feierten die Schaaner «Plunderhüßler» im Beisein zahlreicher Fans mit einem Unterhaltungsabend ihren 25. Geburtstag im Schaaner Rathssaal (Bild). Noch bis zum Dienstag jagt eine Veranstaltung die nächste. So ist beispielsweise mit dem heutigen Monsterkonzert und dem morgigen traditionellen Umzug in der Narrenhochburg Schaan mit einem Grossaufmarsch zu rechnen. Am Montag und Dienstag warten dann weitere Anlässe in mehreren Gemeinden des Landes auf all jene, die noch nicht erschöpft sind. (Bild: vito)

## Am Montag beginnt die RS

Bern (AP) Für rund 10 000 Männer und eine Rekordzahl von 50 Frauen beginnt am kommenden Montag die Frühjahrsrekrutenschule. Insgesamt werden 40 Rekrutenschulen (RS) geführt, die meisten sind am 23. Mai nach 15 Wochen zu Ende. Neu sind die in Thun geführten Schulen für Aufklärer und sowie Panzer- und Waffenmechaniker.

Die 10 000 Rekruten und Rekrutinnen verteilen sich auf 40 Rekrutenschulen, die von über 3800 Militärs geführt werden, wie das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) am Freitag mitteilte. Es sind dies 164 Einheitskommandanten, 414 Zugführer, 107 andere Offiziere wie Ärzte und Quartiermeister sowie je 128 Feldweibel und Fouriere und fast 2900 Korporale.

Obwohl letztere nach sechswöchiger Ausbildung erst Anfang der vierten RS-Woche zu den Rekruten stossen, sind die Zugführer am Anfang nicht allein. Denn einzelne Unteroffiziere können ihren ersten Wiederholungskurs (WK) neu in einer Schule leisten, was Zugführer und höhere Unteroffiziere entlastet.

## Keine Bewilligung für Gentech-Soja

Als Lebensmittel – Aufschiebende Wirkung der Beschwerde bestätigt

Bern (AP) Gentech-Soja als Lebensmittel darf in der Schweiz vorläufig weiterhin nicht eingeführt und auf den Markt gebracht werden. Das EDI hat die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde von Konsumenten- und Umweltorganisationen bestätigt. Der Entscheid über die Beschwerde selbst wird für März in Aussicht gestellt.

Mit der Bestätigung der aufschiebenden Wirkung sei über die materiellen Aussichten der Verwaltungsbeschwerde gegen die Zulassungsbewilligung für Lebensmittel aus gentechnisch veränderter Soja nichts gesagt, teilte das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) am Freitag mit. Vergangene Woche war der US-Konzern Monsanto bereits mit

dem Gesuch abgeblitzt, der Beschwerde sofort und ohne Anhörung der Gegenpartei die aufschiebende Wirkung zu entziehen. Nach einem kurzen Schriftwechsel mit den Parteien habe das EDI nun die aufschiebende Wirkung der Beschwerde bestätigt.

Dies bedeutet, dass bis zum materiellen Beschwerdeentscheid, der laut Mitteilung voraussichtlich im kommenden März gefällt werden dürfte, keine Lebensmittel aus Gentech-Soja in die Schweiz eingeführt und auf den Markt gebracht werden dürfen. Dieser Zwischenentscheid könne Monsanto umso eher zugemutet werden, als der Endentscheid innert weniger Wochen zu erwarten sei, hiess es in der Begründung.

## USA: Schweiz-Kritiker versöhnlicher

Absage an Bankenboykott und an Sanktionen gegen die Schweiz

Bern/Washington (AP) Der Bankenscheid für einen Holocaust-Fonds hat die Kritiker der Schweiz in den USA versöhnlicher gestimmt. Gemäss den Nationalräten Loeb und Nabolz sollte der Bundesrat die Chance des Stimmungswandels nutzen und rasch erklären, wie der Fonds gestaltet wird.

«Wir haben die Pläne für einen Boykott der Banken gestrichen», sagte der geschäftsführende Direktor des Jüdischen Weltkongresses (JWC) Elan Steinberg in New York. Vorläufig absehen wollen die jüdischen Organisationen laut Steinberg auch von anderen Aktionen. Am kommenden 14. Februar finden laut Steinberg offizielle Gespräche zwischen Schweizer und amerikanischen Regie-

rungsvertretern sowie Vertretern jüdischer Organisationen statt. Dabei wolle man sich auf Zusammenarbeit ausrichten. Auch Senator Alfonse D'Amato wandle sich gegen Strafmassnahmen.

Der Leiter der Task Force Nachrichtenlose Vermögen, Thomas Borer, äusserte sich erfreut über die positiven Stellungnahmen. Er nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die beispiellosen Schritte, die die Schweiz in die Wege geleitet habe, auch im Ausland auf ein sehr positives Echo stiessen. George Pataki, Gouverneur des Bundesstaates New York, kündigte eine Ausweitung der Untersuchung der Geschäftstätigkeit von Schweizer Banken im Zweiten Weltkrieg auf deren Aktivitäten in New York an.